

„Alles, was ich geschrieben habe, ist schlimmer geworden“

Thilo Sarrazin löste 2010 mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ eine große Integrationsdebatte aus. Nun kritisiert er die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung scharf. Im interview mit Zeit Online spricht er über Flüchtlinge, Grenzkontrollen und Angst.

Herr Sarrazin, was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie die Bilder der Flüchtlinge in Europa sehen?

Ich sehe diese Bilder nicht, da ich grundsätzlich keine Nachrichten schaue. Das Bild eines Menschen in Not ist immer schlimm, egal, ob in Kambodscha oder auf einer Südseeinsel. Aber ich versuche, mich durch zufällige Medienbilder nicht beeinflussen zu lassen. Der Unterschied zwischen einem Menschen in Not in Kambodscha und einem Menschen in Budapest, Wien oder München ist, daß er uns näher ist und wir etwas für ihn tun können.

Folgt daraus eine andere Verantwortung?

Die Menschen, die jetzt in Wien oder München ankommen, sind nicht in Not, sondern in Sicherheit. Sie werden nicht an Leib und Leben bedroht, sie werden ernährt und medizinisch betreut ...

Sie kommen nach Deutschland, um sich in Sicherheit zu bringen, weil sie vorher in Not waren.

Wenn sich diese Menschen auf die Balkanroute machen, brechen sie im sicheren Nordirak auf oder in der sicheren Türkei. Aus der Kriegsnot sind sie da bereits heraus. Wenn sie sich entscheiden, nach Deutschland zu gehen, spielen andere Gründe eine Rolle. Es ist eben angenehmer, Flüchtling in Hannover als in Erbil zu sein.

Macht Ihnen die Zuwanderung dieser Menschen Angst?

Alles, was ich in „Deutschland schafft sich ab“ geschrieben habe, hat sich nicht nur voll bestätigt, es ist weitaus schlimmer geworden.

Zum Beispiel?

Die Geburtenarmut geht unverändert weiter.

Die jüngsten Zahlen sprechen dagegen.

Das sind kleine Schwankungen um den Trend, die sind unbedeutend. Die Radikalisierung des Islams geht weiter, das Auseinanderklaffen in der Bildungsleistung, die Veränderung ganzer Stadtteile gehen unverändert

weiter. Das wird sich jetzt alles noch verstärken durch die Zuwanderung. Insofern bin ich natürlich sehr besorgt.

Akif Pirinçci spricht Klartext:

„Es ist interessant, wie man allmählich im rot-grün versifften und alles andere als die eigene Kultur vergötternden Lager übergeht, ohne Hemmung die Juden-Vergas-Sprache anzuwenden, wenn der Gegner partout die vorgegebene Meinung nicht akzeptiert und auf die eigene Meinung beharrt. Was kommt als nächstes, „unwertes Leben“ oder „Ballast-existenzen“? Folgerichtig spricht die EU auch in einem vorbereiteten Gesetzestext zum Verbot von Kritik an Islam, Abtreibung und am penetranten Hype, der Homosexualität, nicht mehr von der Bestrafung dieser Kritiker, sondern von ihrer „Eliminierung“. Ich weiß nicht, ob das ernst gemeint ist, aber das würde diesen EU-Arschgesichtern ähnlich sehen.“

Familien sollen aggressive Mitglieder abschieben

Bundespräsident Gauck hat bei einem Interview mit dem ARD-Fernsehen am 2. November 2014 auch die Familien aufgefordert, „sich von denen zu trennen, die aggressive oder rechtsradikale Stimmungen verbreiteten“. Er fügte hinzu: „Da können also die Vereine, die Eltern und die Schule ,ne Menge machen.“ Der Bundespräsident ruft also zur Zerstörung der Familie auf, der nach dem Grundgesetz die besondere Fürsorge des Staates gilt.

Einladung

Zur 50. Politischen Akademie der AFP
16. bis 18. Oktober 2015
in Ost-Österreich

FÜR DIE FREIHEIT: UNSER WIDERSTAND
IST UNGEBROCHEN

Kommen Sie! Hören Sie! Sprechen Sie mit!

Deformiertes Asylrecht

Das Magazin *Zuerst* führte ein Interview mit FPÖ Politiker Johann Gudenus. Ein Auszug:

Zuerst: Asyllobbyisten kritisieren, daß es Asylbewerbern nicht erlaubt ist zu arbeiten. Folglich seien sie dazu verurteilt, nur ein Kosten- und kein Nutzenfaktor zu sein...

Gudenus: Ich kenne dieses Scheinargument sehr gut. Erstens: Wenn jemand nach Österreich kommen will, um hier zu arbeiten, steht ihm der legale Weg der „Rot-Weiß-Rot-Card“, einer Art Arbeitsvisum, offen.

Zweitens: Bei Asyl geht es in allererster Linie um den Schutz des Verfolgten und nicht um seine Integration in seinem Aufnahmeland. Natürlich gibt es vor allem Kreise in der Industrie, die das Arbeitsverbot für Asylbewerber gerne abschaffen würden. Sie wollen billige Arbeitskräfte, mehr nicht. Solche Lohndrückerphantasien haben aber sehr wenig mit der „Mitmenschlichkeit“ zu tun, die die Asyllobby angeblich antreibt.

Gusenbauers Imagekampagne für Kasachstan

Es war ein gutes Geschäft für den früheren SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Er soll laut Briefen, die der „Spiegel“ zitiert, für eine Jahresgage von 400.000 Euro renommierte ehemalige europäische Spitzenpolitiker als Berater des kasachischen Präsidenten, Nursultan Nasarbajew, angeworben haben. Sie sollten laut den verschickten Vertragsentwürfen Nasarbajew und dessen Regierung „Kontakte auf höchstmöglicher Ebene“ verschaffen und deren „politischen Einfluß in Europa steigern“. Laut Gusenbauer sei es um eine „Stabilisierung der gesamten Region gegangen“.

„Willkommensticket“

Die stellvertretende Landesvorsitzende der bayerischen Jungsozialisten, Laura Wallner, forderte kürzlich als Mitglied des Würzburger Stadtrates, allen in Würzburg untergebrachten Asylbewerbern ein kostenloses „Willkommensticket“ für die öffentlichen Verkehrsmittel zwischen dem Asylantenheim und der Innenstadt auszustellen. Die Entfernung zwischen einem großen Asylantenheim und der Innenstadt beträgt laut Wallner etwa vier Kilometer und es sei den Asylbewerbern grundsätzlich nicht zuzumuten, diese Strecke beispielsweise zu Fuß hinter sich zu bringen. Dem Vernehmen nach sorgte Wallners Ansinnen bei etlichen anderen Stadträten für gelinde gesagt - Unverständnis. Die Medien schwiegen weitgehend.

ZITAT

Thilo Sarrazin bei einem Vortrag in Wien: „Wir haben den Euro nicht gebraucht. Aber das zählt in der Politik nicht.“

Wien: In christlicher Schule wird auch „Islam“ unterrichtet

Die Kirche schafft sich schön langsam selbst ab. Zu diesem Eindruck kommt man, wenn man manche Vertreter der Katholiken zum Thema „muslimische Zuwanderung“ sprechen hört. Jetzt wurde auch bekannt, daß es an einer christlichen Schule, die der Erzdiözese Wien mit ihrem Kardinal Christoph Schönborn gehört, auch einen Islamunterricht gibt. Den Unterricht gibt es nur, weil sechs muslimische Kinder die Neue Mittelschule in der Mayerweckstraße in Wien-Strebersdorf besuchen.

Eltern überrascht

Aufgefallen ist dieser Religionsunterricht Eltern, als sie den Stundenplan ihres Kindes studierten. Der Direktor der Schule, die zur „Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems“ gehört, bestätigte auf Nachfrage von unzensuriert.at den Islamunterricht. Dieser gelte allerdings nur für die muslimischen Schüler. Römisch-katholische Kinder oder jene, die kein Bekenntnis hätten, müssten den normalen Religionsunterricht besuchen. Die Eltern sind dennoch überrascht, daß es in einer christlichen Schule Islamunterricht gibt. Umgekehrt - meinen sie - wäre dies undenkbar: Keine Islam-Schule würde in ihrem Stundenplan eine christliche Religionsstunde anbieten.

Nicht beleidigend gemeint

„Diese Idioten werden nicht beim ‚Kubana‘ spielen“, erklärte der russische Kulturminister Wladimir Medinski. Mit den „Idioten“ waren die Musiker der US-Rockgruppe Bloodhound Gang gemeint, mit „Kubana“ das größte russische Rockfestival am Schwarzen Meer. Hier hätte die Band auftreten sollen. Hätte sich ihr Bassist Jared Hasselhoff (41) bei einem Konzert in Odessa, Ukraine, nicht eine russische Fahne unter seinem Hintern durchgezogen – und auch noch ins Publikum gerufen „Don’t tell Putin!“ Worauf der Auftritt beim „Kubana“ von staatlichen Stellen abgesagt, die Band bei der Einreise nach Rußland von Nationalisten attackiert wurde und Politiker eine „harte Strafe“ für die Musiker forderten. Hasselhoff entschuldigte sich schließlich bei einer Pressekonferenz – die Aktion sei nicht beleidigend gemeint gewesen.

Friedrich der Große sagte einst...

„... ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer als eine Diebesbande. Vor der kann man sich schützen; aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passiones auszuführen, vor denen kann sich kein Mensch hüten. Sie sind arger, als die größten Spitzbuben, die auf der Welt sind und meritieren eine doppelte Bestrafung.“

DAS BLUTBAD VON SAN MINIATO AL TEDESCO

Oder „ewige Zeiten“, die 61 Jahre dauerten.

San Miniato al Tedesco ist eine kleine, romantische Stadt in der Toskana, zwischen Florenz und Livorno. „Al Tedesco“ deshalb, weil sie im Mittelalter kaisertreu war..

Am 22. Juli 1944 näherte sich die Front dem Ort und die Deutschen begannen den Ort zu räumen. 56 Menschen suchten im Dom Schutz und kamen durch einen Bombentreffer um. Die Bluttat wurde natürlich den Deutschen angelastet und die Antifa sorgte unter dem griffigen Titel „Notte di San Lorenzo“ für weltweite Verbreitung. Am Rathaus von San Miniato wurde eine steinerne Gedenktafel angebracht mit folgendem Text:

„Dieser Stein erinnert für ewige Zeiten an den eiskalten Mord von der Hand der Deutschen. Am 22. Juli 1944 zwangen sie heimtückisch 60 Opfer, Wehrlose, Alte, Unschuldige in der Kathedrale Schutz zu suchen - nicht aus der Notwendigkeit des Krieges, sondern aus purer Grausamkeit. Ein Heer, unfähig zum Siegen, ein Feind jeder Freiheit, es trieb die Mörder, die tödliche Granate in den Dom zu schießen. Italiener, die ihr das lest, verzeiht, aber vergeßt nicht. Denkt daran, daß nur im Frieden und in der Arbeit beständige Kultur liegt. Zum zehnten Jahrestag - die Gemeinde San Miniato.“

Obwohl im Dom ein amerikanischer Zünder gefunden wurde und schon zum Kriegsende Bedenken über die deutsche Schuld geäußert wurden. Ein unbequemes Indiz, das kurze Zeit nach dem Fund verschwand. Eine eigene „Untersuchungskommission“ stellte offiziell die deutsche Verantwortlichkeit fest. Nun - die Geschichte schreiben die Sieger, wie in Monte Cassino, Marzabotte usw. usw.

Aber niemals auf ewige Zeiten!

Im Jahre 2000 erschien in Mailand das Buch „1944. San Miniato, tutta la verita sulla strage - Die ganze Wahrheit über das Blutbad.“ Der Autor: Paolo Paoletti. Mit Hilfe technisch-ballistischer Expertise von drei bekannten Militärfachleuten entfernte Paoletti den Schleier der Lüge, die mehr als ein halbes Jahrhundert hartnäckig behauptet wurde. Der Autor untersuchte genau die Protokolle der Untersuchungskommission und deckte ihre Lügen auf, wies nach, daß zahlreiche Zeugen gar nicht existierten, Fotografien und Beweise einfach verschwanden und vor allem, daß die Stadt den ganzen Tag über unter dem Feuer amerikanischer Artillerie lag.

Daraufhin ließ die Gemeinde im Jahre 2008 eine weitere Tafel am Rathaus anbringen mit einer Entschuldigung für die Behauptung der deutschen Schuld am Massaker. Das spricht für die Bevölkerung und verdient Respekt.

Natürlich wird kein eingefleischter Antifa eine Wahrheit zur Kenntnis nehmen, die ihm nicht paßt. Und so meckerten die Roten und Grünen in der Stadt über die Entschuldigungstafel.

2015 war der Gemeinde die Streiterei zu bunt - und sie entfernte beide Tafeln.

Die leeren Flächen mit den Befestigungen sind noch immer zu sehen.

Eine Zeit wird kommen, in der überall die Wahrheit siegen wird.

Konrad Windisch

Linke haben alle lieb

Eine vielsagende Geschichte stand jüngst im Wissenschaftsteil dieser Zeitung. Politologen der Uni Wien hatten, hieß es, in EU-geförderten Projekten „Argumentationsmuster“ und „Kommunikationsstrategien“ europäischer Rechtspopulisten analysiert und Folgendes entdeckt: Die Rechten projizieren Mißstände immer auf bestimmte Personen und Gruppen! Sie würden zu Schuldigen erklärt und stünden dem vermeintlich unbescholtenen „Wir“ gegenüber.

Boa, das ist ja brandneu! Mich deucht zwar, das mit dem rechten Sündenbockschema höre man/frau seit Jahrzehnten (stand da nicht in den 1980ern was darüber in Fried Esterbauers „Einführung in die Politikwissenschaft“?), aber okay: Wenn die EU was fördert, ist's sicher was G'scheit's. Abgesehen davon: Die klugen Politologen haben eh recht. Daher konnten sie das Phänomen Populismus auch guten Gewissens nur halbseitig studieren, denn zur Linken kennt man kollektiv Schuldige und Sündenböcke natürlich nicht, gell. Unternehmer, Banker, Kapitalisten, Polizisten, Bilderberger, Amis und Bürger bestimmter anderer Länder, Bürgerliche und Nichtlinke generell, ach, die sind dort Freunde fürs Leben, ebenso das beliebte Feindbild der Rechten, „die da oben“: Fragen Sie doch im Gemeindebau, bei der SJ oder der netten Antifa nach, wie lieb man die alle hat. Sie werden sich vor fliegenden Blumensträußen nicht retten können.

Wolfgang Greber

ZITAT

Ottokar Kernstock (1848-1929): „Die deutsche Schule soll die Kleinen lehren: Laßt jedem Volk das Seine ohne Zwist! Doch seid bereit, euch bis aufs Blut zu wehren, begehrt ein fremdes Volk, was unser ist.“

Marine Le Pen: Merkel ist Gefahr für ganz Europa

Deutliche Worte fand die Vorsitzende der französischen Front National (FN), Marine Le Pen, angesichts des unverantwortlichen Vorgehens von Angela Merkel in der Flüchtlingsproblematik. Merkel habe Europa bereits ihre Finanzordnung aufgezwungen, nun mache sie das gleiche mit der illegalen Einwanderung von zehntausenden Migranten durch ihre unüberlegten Aussagen.

„Unwürdige Parlamente“ forcieren Einwanderung

Le Pen, die bei einer Veranstaltung des Vlaams Belang in Belgien sprach, kritisierte auch Europas „unwürdige Parlamente“, die durch großzügige Sozialleistungen und Unterkünfte den Massenansturm maßgeblich unterstützen. Sie forderte die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raumes sofort auszusetzen. Die Souveränität der EU-Staaten sei zudem durch die EU-Kommission gefährdet. Diese sei eine „Maschinerie zum zerquetschen der Völker und eine Empfangsdame für alle Illegalen des Planeten“.

Der Entscheidung Merkels, vorübergehend Grenzkontrollen einzuführen, konnte die FN-Chefin ebenfalls nichts abgewinnen. „Kaiserin Merkel“ habe nämlich vorher keinen einzigen anderen EU-Staat über diesen Schritt informiert, da sie ja anscheinend niemandem „Rechenschaft ablegen muß“.

Suchtgift und Illegale bei Grünen-Politiker gefunden

Grünen-Politiker Fritz Hummer wollte bei der Wahl in Hörsching (Oberösterreich) als Bürgermeisterkandidat antreten. Nun ist das Vorhaben allerdings Geschichte. Denn auf dem Vierkanthof des 54-jährigen Biobauers soll vergangenen Mittwoch Suchtgift sichergestellt worden sein, wie die Kronen Zeitung berichtet.

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft hatte die Einsatzgruppe Schwerpunktcriminalität des Landeskriminalamtes gemeinsam mit der Diensthundeeinspektion Linz die Bauernhöfe eines 31-Jährigen in Leonding und eines 54-Jährigen in Hörsching durchsucht. Im alten Vierkanthof des grünen Bürgermeisterkandidaten wurden die Ermittler fündig. Sie entdeckten Cannabiskraut und Speed sowie eine bereits abgeerntete Cannabis-Aufzuchtanlage samt dazugehörigen Utensilien. Der Grünen-Mandatar wurde kurzfristig in Haft genommen und wegen Verdachts des Suchtmittelbesitzes und -handels angezeigt.

Mandat und Kandidatur ruhend gestellt

Hummer erklärte in einer Stellungnahme gegenüber der APA, er habe mit dem Vergehen nichts zu tun. „Die Anzeige ist eine Verleumdung gegen meine Person. Bei den sichergestellten Hanfresten handelt es sich um legalen Nutzhanf für Futterzwecke. Die angelasteten Vergehen nach dem Suchtmittelgesetz haben nichts mit meiner Person zu tun.“ Sein Mandat und seine Kandidatur habe er dennoch mit sofortiger Wirkung ruhend gestellt.

Im Außenbereich des Bauernhofes wurden zudem in zehn Wohncontainern fünf nicht angemeldete Personen gefunden. Auch soll der 54-Jährige illegal Müll abgelagert haben. Dafür hagelte es Anzeigen.

Bei den oberösterreichischen Grünen fordert man nun eine „rasche und restlose Aufklärung“, wie Landessprecherin Maria Buchmayr betont. „Sollten sich die strafrechtlichen Vorwürfe bewahrheiten, ist dies mit einer politischen Funktion bei den Grünen nicht vereinbar.“

Für Fritz Hummer gilt hinsichtlich aller ihm zur Last gelegter Delikte die Unschuldsvermutung.

ZITAT

Teile des Europäischen Parlaments ähneln im Dezember 1988 eher einem Filmstudio als dem Ort ernster Debatten. Mehr als fünfzig Schauspieler und technisches Personal stehen bereit, um Szenen für den Film „Trouble in Paradise“ zu drehen. Der Film erzählt von einem Europa-Abgeordneten, der den Waffenhandel bekämpft, eine Geliebte im Kreis der Parlamentsdolmetscher hat und wegen seiner Recherchen am Ende ermordet wird. Dem englischen Parlamentspräsidenten Lord Plumb ist dies alles zu bunt. Er macht schließlich den Dreharbeiten ein Ende. Die Abgeordnete Barbara Castle jedoch vermißt bei dieser Entscheidung den typisch britischen Humor: „Eigentlich sollten Sie geschmeichelt sein, daß überhaupt jemand einen Europa-Abgeordneten für wert hält, ermordet zu werden.“

unbekannt

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 254 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien